

Voll erfasst für den Fronteinsatz

Transparenter, dafür härter:
Wie die Ukraine mehr Soldat*innen mobilisieren will

Aus Kyjiw **Bernhard Clasen**

Mit einem neuen Gesetzentwurf will die ukrainische Regierung die gesamte erwachsene männliche Bevölkerung militärisch erfassen und mehr Transparenz in die Mobilisierungsprozesse bringen. Ein am Dienstag eingebrachter Gesetzentwurf soll in einer ersten Lesung am 6. Februar vom Parlament behandelt werden.

Vorausgegangen war diesem Gesetzentwurf ein erster Entwurf um die Jahreswende, der für viel Aufregung gesorgt hatte, hätte er doch sogar einen Kriegsdienst von Menschen mit einem sogenannten Behinderungsgrad 3 ermöglicht. Auch Personen, die etwa nur einen Lungenflügel haben oder einen Herzschrittmacher tragen, hätten dann eingezogen werden können. Diese Bestimmung entfällt in dem neuen Entwurf. Auch Männer, die Ehefrauen oder Eltern der Behindertengruppe 1 und 2 betreuen, werden nun nicht eingezogen. Gleichzeitig wurde das Alter für einen möglichen Kriegsdienst von 27 Jahren auf 25 Jahre gesenkt. Und auch auf Bewährung entlassene Strafgefangene können nun eingezogen werden.

Nun sollen die Zeiten, die ein Soldat Kriegsdienst leistet, klar festgelegt werden. Immer wieder kritisieren Soldaten, dass sie seit fast zwei Jahren an der Front sind, ohne zu wissen, wann sie wieder nach Hause dürfen. Das neue Gesetz soll Soldaten einen Mindesturlaub von mindestens 15 Kalendertagen erlauben, freigelassenen Kriegsgefangenen darüber hinaus einmalig 90 Urlaubstage garantieren.

Die Vorbereitung auf den Kriegsdienst muss nun mindestens zwei bis drei Monate dauern. Auch die allgemeine Wehrpflicht wird abgeschafft. Stattdessen müssen nun Männer zwischen 18 und 24 Jahren eine fünfmonatige Wehrübung durchlaufen. Auch der Gang zu den Wehrbehörden wird nun entfallen. Der Mindestlohn von Soldaten wird auf ungerechnet 500 Euro festgesetzt. Nach dem neuen Gesetz kann die Armee auch Fahrzeuge und Gebäude beschlagnahmen.

Empfindliche Strafen

Wer einer Einberufung nicht nachkommt, muss mit empfindlichen Strafen rechnen. So kann diesen Personen das Fahren eines Fahrzeuges verboten, deren Eigentum und Bankkonten können beschlagnahmt werden. Alle wehrfähigen Männer müssen ein Dokument der Wehrbehörde über ihre Registrierung mit sich führen. Auch Frauen mit medizinischen Berufen können erfasst werden. Sie sind jedoch von der Ausreisepflicht weiter ausgenommen.

Dawid Arachamia, Vorsitzender der Fraktion der Präsidentenpartei, sagte, nun müsse niemand mehr Angst haben, sofort nach seiner Einberufung an die Front zu müssen. Schließlich sehe das Gesetz eine mehrmonatige Ausbildung vor. Besonders gefalle ihm, so Arachamia, dass die Registrierung und Einberufung nun digital übers Smartphone erfolge.

Genau das kritisiert der in Odessa lebende Blogger Wjatscheslaw Asarow. Es sei nicht fair, von Menschen zu verlangen, immer online erreichbar zu sein – zumal sich immer weniger in der Ukraine ein Smartphone leisten könnten. Den Abgeordneten Jaroslaw Schelesnjak von „Diener des Volkes“ störte vor allem der Umstand, dass der Gesetzentwurf die Beschlagnahme von Fahrzeugen und Gebäuden durch die Armee ermöglichen soll. Das sei eine Bedrohung für Logistikunternehmen, das Baugewerbe, Spediteure und Landwirte.

Dmytro Rasumkow, Vorsitzender der „Diener des Volkes“, kritisiert, die Wehrbehörden könnten unter anderem auch Gesundheitsdaten abfragen.

Unterdessen berichtet die ukrainische Nachrichtenagentur unian.net unter Berufung auf den Economist und die Washington Post von wachsenden Differenzen zwischen Präsident Selenski und dem Oberbefehlshaber Valeri Saluschni. Saluschni einschätzte, man müsse 500.000 Soldaten mobilisieren, habe Selenski für unrealistisch gehalten. Dazu fehlen die notwendigen Voraussetzungen an Uniformen, Waffen, Schutzeinrichtungen und Gelder für den Sold. Saluschni hingegen halte es für notwendig, den zu erwartenden weiteren 400.000 in Russland neu zu mobilisierenden Soldaten eine entsprechende Anzahl an neuen Soldaten entgegenzusetzen. In einer Situation, in der die Ukrainer kriegsmüde seien, die internationale Unterstützung für die Ukraine abnehme, würde ein neuer Oberbefehlshaber die Lage „beleben“, wird Selenski zitiert.

Brüssel ringt um seine Kriegskasse

Ein EU-Sondergipfel soll frische Milliardenhilfen für die Ukraine auf den Weg bringen. Alles hängt davon ab, ob der ungarische Ministerpräsident Orbán seine Blockadehaltung aufgibt

Aus Brüssel **Eric Bonse**

Die EU hat zunehmend Mühe, ihre Versprechen gegenüber der Ukraine einzulösen. Geld, Waffen, Munition – überall hakt es. Deutschland könne die Probleme nicht alleine lösen, warnte Kanzler Olaf Scholz (SPD) kurz vor einem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs am Donnerstag in Brüssel. Auch Ratspräsident Charles Michel schlägt Alarm. Der Gipfel dürfe nicht scheitern, schrieb Michel in seiner Einladung für das Krisentreffen. „Eine Einigung sicherzustellen ist für unsere Glaubwürdigkeit von entscheidender Bedeutung“, so der Belgier. Beim letzten, regulären EU-Gipfel im Dezember war die

Einigung am ungarischen Regierungschef Viktor Orbán gescheitert.

Dem Rechtspopulisten Orbán passt die ganze Richtung nicht. Erst wollte er die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine verhindern, was ihm allerdings nicht gelang: In einem als „Kafepause“ deklarierten günstigen Moment gaben seine Amtskollegen damals kurzerhand grünes Licht. Kurz darauf legte Orbán prompt sein Veto gegen eine 50 Milliarden Euro schwere Finanzhilfe für die Ukraine ein.

Der Sondergipfel soll nun den Weg für die außerplanmäßige Geldspritze aus dem EU-Budget frei machen. Es geht nicht nur um die Ukraine, sondern um die Sicherheit in ganz Europa, heißt es zur Begründung in Brüssel. Orbán dürfe die EU nicht länger blockieren. Um seinen Widerstand zu brechen, greifen die Europäer zu radikalen Mitteln.

So wurde kurz vor dem Gipfel ein EU-Dokument an die Financial Times durchgestochen, in dem Ungarn eine schwere Wirtschaftskrise prophezeit wird, falls Orbán nicht endlich einlenken sollte. Das Europaparlament droht gar mit der Sperrung aller EU-Gelder. Einige Abgeordnete möchten Ungarn auch noch das Stimmrecht entziehen.

So viel Drama hat Brüssel lange nicht mehr erlebt. Insider fühlen sich an die schlimmsten Zeiten der Eurokrise erinnert, als Griechenland der Rauswurf aus der Union drohte. Doch bis-

her hat der massive Druck seine Wirkung verfehlt. Der ungarische Regierungschef will, wenn überhaupt, nur 12,5 Milliarden Euro für Kyjiw bewilligen – und dann jedes Jahr neu entscheiden. Ein möglicher Kompromissvorschlag, der am Mittwoch die Runde machte, sieht

Die meisten EU-Staaten haben derzeit nicht die Mittel für mehr Waffenlieferungen

nun jährliche Beratungen über die Verwendung der Mittel vor – Ungarn könnte dann zwar Bedenken äußern, aber kein Veto einlegen.

Für die meisten anderen Staaten sei das „inakzeptabel“, sagte ein EU-Diplomat. Wenn Orbán nicht einlenken sollte, werde man die Ukraine-Hilfe zur Not auch ohne Ungarn auf den Weg bringen. Allerdings würde dies die EU in eine schwere Krise führen. Denn nach den gültigen Regeln kann über das Budget nur einstimmig entschieden werden.

Streit gibt es auch über die Waffenhilfe. Kanzler Olaf Scholz (SPD) fordert, die bilaterale deutsche Hilfe für die Ukraine in Höhe von 7 Milliarden Euro auf die gemeinsame Kriegskasse der EU auch für Einsätze etwa in Afrika anzurechnen –

es wäre also eine Umverteilung zugunsten der Ukraine. Scholz will auch mehr Einsatz der Partner. Die EU müsse ihre „Anstrengungen verdoppeln“, heißt es in einem Brief von Scholz und vier weiteren Regierungschefs aus Dänemark, Tschechien, Estland und den Niederlanden.

Der Bundeswehr selbst drohen allerdings bald Lieferungsprobleme: Laut einer internen Finanzbedarfsanalyse des Verteidigungsministeriums, aus der am Mittwoch der Spiegel zitierte, könnten ab 2028 rund 56 Milliarden Euro im Wehretat fehlen. Grund ist ein auslaufendes 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen, aus dem zuletzt auch Munition und Gerät für die Ukraine beschafft wurde.

Die meisten EU-Staaten haben derzeit schlicht nicht die Mittel, um ihre Waffenhilfe aufzustocken. Außerdem blockiert Scholz in Brüssel seit Wochen eine Einigung über die Reform der sogenannten Friedensfazilität, der gemeinsamen Kriegskasse der EU. Mit einer Einigung rechnen EU-Diplomaten erst im März.

Überschattet wird der Gipfel zudem von Problemen bei der Munitionsbeschaffung. Die EU hatte der Ukraine versprochen, bis Ende März eine Million Artilleriegeschosse zu liefern. Bisher wurden nach EU-Angaben aber nur rund 300.000 Geschosse geliefert. Besserung sei erst zu Ende des Jahres in Sicht, hieß es bei einem Treffen der Verteidigungsminister.

Im gegenseitigen Austausch

Russland und die Ukraine haben erneut Kriegsgefangene ausgetauscht. „195 gefangene russische Militärs haben die Ukraine verlassen, 195 gefangene Ukrainer Russland“, berichtet die russische Nachrichtenagentur Interfax. Auch ukrainische Medien melden den Gefangenenaustausch. Sie berichten jedoch von 207 ukrainischen freigelassenen Gefangenen, ohne anzugeben, wie viele Russen im Gegenzug freigelassen worden sind.

Unter den freigelassenen Ukrainern sollen laut Präsidialadministration auch militärisches Personal und Polizisten sein. Laut des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments, Dmytro Lubinets, sei dies der 50. Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und Russland gewesen. (bc)

Alltag in der Ukraine Gottes Wort im Ohr



Angehörige der ungarischen Minderheit in der Ukraine nach dem Besuch einer katholischen Messe in der Stadt Uschhorod im Dreiländereck Ukraine-Slowakei-Ungarn. Die ukrainische Regierung will im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen den Minderheiten in der Ukraine mehr Rechte zugestehen. Foto: Denes Erdos/ap